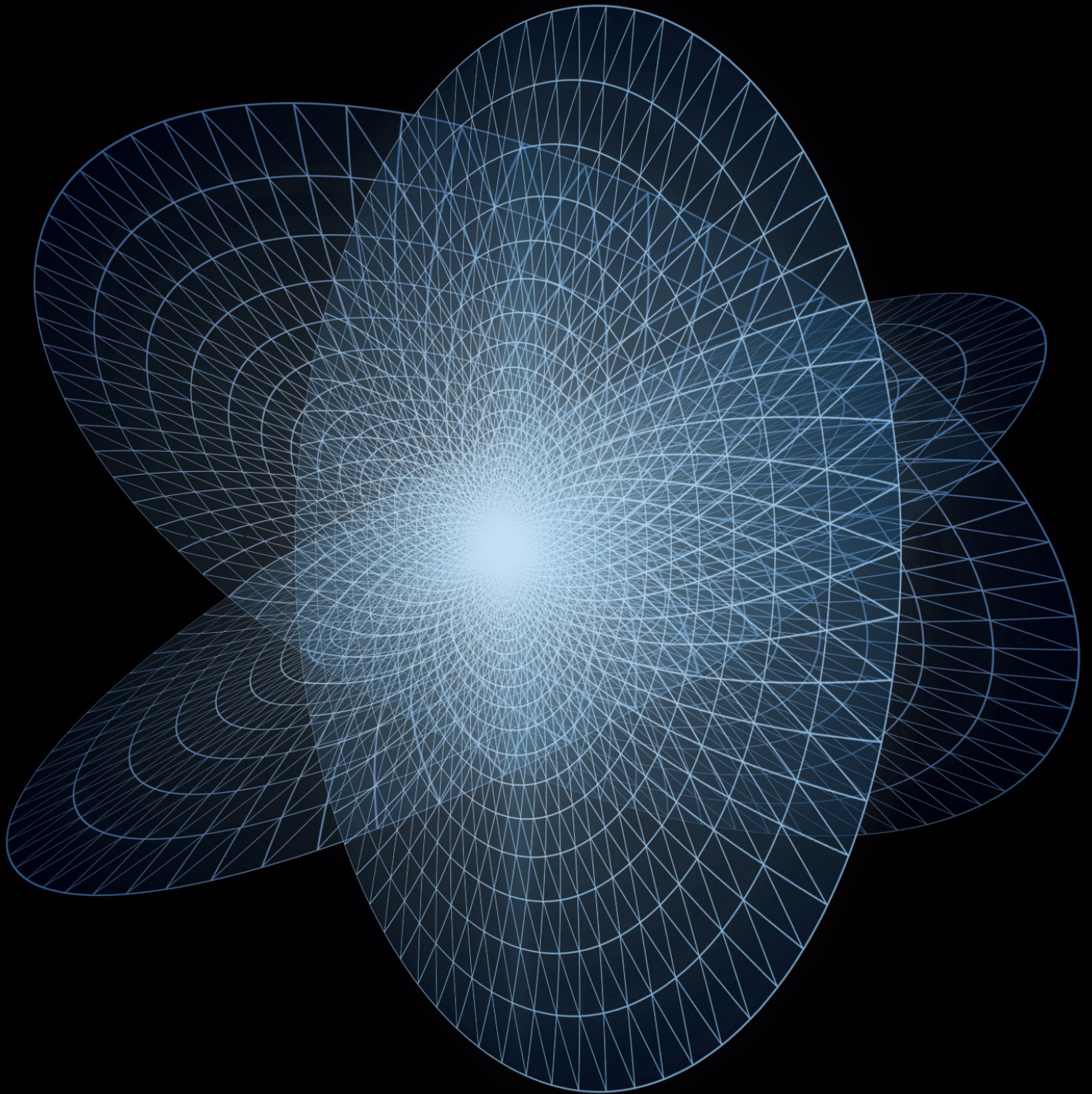


Counteractions at the Annual General Meeting 2012

ThyssenKrupp AG



Developing the future.



ThyssenKrupp

Latest update: January 10, 2012

Below you will find all the disclosable shareholder motions relating to the agenda items of the Annual General Meeting of ThyssenKrupp AG on January 20, 2012, together with the response by head office to the countermotions.

The motions and reasoning behind them have been posted without change on the internet where they are required to be disclosed.

If you want to support announced motions of shareholders (countermotions and election proposals of stockholders pursuant to Art. 126 par. 1 and Art. 127 Stock Corporation Act (AktG)) please vote "no" on the agenda items to which the motions relate in accordance with the proposal of the proposing shareholders.

**Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre, Köln,
has submitted the following countermotions**

with regard to agenda item 2, Resolution on the disposition of unappropriated net income
with regard to agenda item 3, Resolution on the ratification of the acts of the members of the Executive Board
and with regard to agenda item 4, Resolution on the ratification of the acts of the members of the Supervisory Board

Gegenantrag zum Tagesordnungspunkt 2: Verwendung des Bilanzgewinns

Die von der Verwaltung vorgeschlagene Verwendung des Bilanzgewinns des Geschäftsjahrs 2010/2011 in Höhe von rund 516.521.414,07 Millionen Euro muss geändert werden.

Begründung:

In seinem jüngsten „Brief an die Aktionäre“ räumt der Vorstandsvorsitzende von ThyssenKrupp, Dr.-Ing. Heinrich Hiesinger, ein, dass der Konzern „auch negative Entwicklungen“ verkraften musste. Weiter meint Dr. Hiesinger: „Unsere strategischen Aufgaben und die unsicheren Konjunkturaussichten werden uns weiterhin viel abverlangen.“ Das heißt im Klartext, dass auf ThyssenKrupp gewaltige Probleme zukommen und dies nicht nur aufgrund der im Amerika-Geschäft eingetretenen Kostenexplosion, sondern auch wegen der Umstrukturierung des gesamten Konzerns.

Dringend erforderlich ist die Bildung ausreichender Rücklagen für die Entschädigung der Fischer an der Bucht von Sepetiba in Brasilien, für die Reinigung der Bucht und für die zu erwartenden Gesundheitskosten für die lokale Bevölkerung im Bereich des Stahlwerks. Allein die Entschädigung von 5.763 Fischern, die sich bisher in sieben Zivilklagen gegen die ThyssenKrupp Companhia Siderúrgica do Atlântico (TKCSA) zusammengeschlossen haben, könnte einen Gesamtbetrag von bis zu 756 Millionen Euro erreichen.

Angesichts dieser insgesamt bedrohlichen Situation ist es nicht verantwortbar, dass ThyssenKrupp beabsichtigt, eine Dividende von 0,45 Euro je Stückaktie auszuschütten. Der Dachverband der Kritischen Aktionäre plädiert in diesem Jahr für einen Dividendenverzicht.

Gegenantrag zum Tagesordnungspunkt 3: Entlastung der Mitglieder des Vorstands

Den Mitgliedern des Vorstandes wird die Entlastung verweigert.

Begründung:

1. Der Vorstand von ThyssenKrupp verstößt mit dem größten Stahlwerk in Lateinamerika massiv gegen den Umweltschutz und gefährdet durch den Betrieb die Gesundheit der lokalen Anwohner.

Im Staub, den das Stahlwerk Companhia Siderúrgica do Atlântico (TKCSA) von ThyssenKrupp in Rio de Janeiro in die Umgebung emittiert, finden sich entgegen der Beteuerung des ThyssenKrupp-Vorstands auch giftige Schwermetalle. Dies hat eine Analyse der dem Gesundheitsministerium unterstellten Stiftung Fundação Oswaldo Cruz (FIOCRUZ) ergeben. Demnach enthält der Staub nicht wie von ThyssenKrupp wiederholt behauptet "nur Graphit", sondern auch Schwermetalle wie z.B. Kadmium. Die Anwohner klagen vor allem über Atemwegs- und Hauterkrankungen sowie über Augenreizungen. Ein bei FIOCRUZ angestellter Wissenschaftler empfahl in einem Gutachten, im Hinblick auf chronische Erkrankungen wie Krebsfälle die Langzeitfolgen dieser Staubbelastung für die Anwohner 20 Jahre lang genau zu untersuchen. Indessen hat TKCSA Zivilklage gegen drei Wissenschaftler der FIOCRUZ und einer Uniklinik wegen vermeintlich erlittener "immaterieller Schäden" erhoben. So sollen Wissenschaftler mundtot gemacht werden.

Laut dem Bundesstaatsanwalt in Rio de Janeiro lagen zwischen Hochfahren des Stahlwerks am 18. Juni und 30. November 2010 die vom Werk in die Umgebung emittierten metallischen Schwebstoffe in der Luft 23,5 % über den international zulässigen Werten. Außerdem hat sich ThyssenKrupp bei der Standortentscheidung für das Stahlwerk im Stadtteil Santa Cruz auch nicht an den vorgeschriebenen Mindestabstand von 1.500 Metern zu den nächsten Wohnhäusern gehalten.

Anfang November 2011 berichtete die Tageszeitung Estado de São Paulo, das Stahlwerk habe im ersten Betriebsjahr 5,7 Millionen Tonnen Kohlendioxid in die Luft abgegeben und damit die CO₂-Emissionen des gesamten Stadtgebiets von Rio de Janeiro gegenüber dem Vergleichsjahr 2005 um 50 % erhöht. Da das Werk noch nicht unter Vollast laufen darf, sei ein Gesamtanstieg von bis zu 72 % zu erwarten. Ähnliche Zahlen hatte die Zeitung O Globo bereits vor zwei Jahren errechnet. Damals hatte TKCSA diese Berechnung in Zweifel gezogen; die Zahlen würden auf veralteten Angaben beruhen, das Werk im Westen Rio de Janeiro sei eines der modernsten weltweit. Nun gibt es also doch eine satte Emissionssteigerung um mehr als die Hälfte aller zusammen gerechneten Emissionen von Haushalten, Verkehr und Industrie im Stadtgebiet.

Nach den Klagen der Staatsanwaltschaft von Rio gegen das Stahlwerk vom Dezember 2010 hatten der Gouverneur, das Umweltinstitut INEA und TKCSA vereinbart, ein unabhängiges Umweltaudit durchführen zu lassen. Dies wurde von USIMINAS erstellt. Doch die Staatsanwaltschaft Rios hält das Audit für "teilweise falsch und irreführend, auch durch Verschweigen" relevanter Daten und hat USIMINAS und die Autoren des Audits verklagt. Die Klagen der Staatsanwaltschaft gegen TKCSA und gegen die projektverantwortlichen Manager gehen ebenso wie die Zivilentschädigungsklagen der 5.763 Fischer weiter. Die definitive Betriebsgenehmigung hat das sieben Milliarden Euro teure Stahlwerk TKCSA von den Behörden nach wie vor nicht erhalten.

Detailliertere Ausführungen zu diesem Gegenantrag mit Angabe von Quellen finden Sie unter www.kritischeaktionare.de.

2. ThyssenKrupp lässt durch sein Tochterunternehmen HDW U-Boote bauen und liefert diese in Spannungsgebiete aus.

Nach dem Verkauf der Hamburger Werft Blohm + Voss hat sich ThyssenKrupp vom zivilen Schiffbau abgewandt und konzentriert sich auf den militärischen Schiffbau.

Die Howaldtswerke-Deutsche Werft (HDW) in Kiel, die zur Konzernsparte ThyssenKrupp Marine Systems gehört, gilt beim Bau von nicht-atomar angetriebenen U-Booten als Weltmarktführer. In den vergangenen Jahren wurden fast 40 U-Boote mit Brennstoffzellenantrieb verkauft. Lieferungen erfolgten auch in Spannungsgebiete wie Israel und Südkorea. Der Vorstand soll ab sofort dafür sorgen, dass Lieferungen in Spannungsgebiete unterbleiben.

3. ThyssenKrupp lässt in Duisburg unter dem Deckmäntelchen des sozialen und ökologischen Engagements den Stadtteil Bruckhausen zur Hälfte abreißen.

ThyssenKrupp schädigt damit

- die Menschen vor Ort, die vertrieben werden und ihr Eigentum verlieren.
- den Steuerzahler, weil öffentliches Eigentum im Wert von ca. 100 Millionen Euro vernichtet wird, 36 Millionen Euro EU-Mittel ausgegeben werden und ThyssenKrupp die „gespendeten“ 35,9 Millionen Euro von seinem Gewinn und damit seinen Steuerzahlungen abgezogen hat.
- die Allgemeinheit, weil ein einzigartiges Sachzeugnis der Ruhrgebietsgeschichte vernichtet wird.
- die Demokratie, weil unter dem Deckmäntelchen sozialen und ökologischen Engagements rücksichtslose Interessenpolitik betrieben wird.

Detaillierte Informationen über die Abrisspläne enthält der Gemeinsame Brief der Kritischen Aktionäre, des Deutschen Werkbunds und der Geschichtswerkstatt Duisburg-Nord an den ThyssenKrupp-Vorstand vom 23.06.2011: www.geschichtswerkstatt-du-nord.de/index.html.

Gegenantrag zum Tagesordnungspunkt 4: Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats

Den Mitgliedern des Aufsichtsrates wird die Entlastung verweigert.

Begründung:

Der Aufsichtsrat unter Leitung von Dr. Gerhard Cromme hat dem Vorstand zu lange erlaubt, das Investment in den TKCSA-Stahlwerk-Komplex bei Rio de Janeiro Brasilien ohne ausreichende Klärung der Risiken zu verfolgen.

Der Vorstand hat es versäumt, von Anfang an einen umfassenden Stakeholder-Dialog mit der lokalen Bevölkerung zu führen, und der Aufsichtsrat hat es versäumt, diesen Dialog einzufordern.

Für die im Amerika-Geschäft entstandene Kostenexplosion allein den früheren Vorstandsvorsitzenden Dr. Ekkehard Schulz verantwortlich zu machen, ist nicht ausreichend. Dr. Schulz zieht die Konsequenzen und scheidet zum 31.12.2011 aus dem Aufsichtsrat aus. Diesem Beispiel sollte nun auch der Aufsichtsratsvorsitzende Dr. Cromme folgen, der seiner Aufsichtspflicht gegenüber dem Vorstand nicht nachgekommen ist und damit für das Amerika-Desaster mit verantwortlich ist.

Rainer Nicolai, HaBloch, has submitted the following countermotion

with regard to agenda item 2, Resolution on the disposition of unappropriated net income

Der Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2010/2011 in Höhe von 516.521.414,07 €
ist wie folgt zu verwenden:

- Ausschüttung einer Dividende von 0,90 € je dividendenberechtigter Stückaktie	463.040.139,60 €
- Vortrag auf neue Rechnung	53.481.274,47 €

Falls die Gesellschaft zum Zeitpunkt der Hauptversammlung eigene Aktien hält, die gemäß § 71b AktG nicht dividendenberechtigt sind, ist der Hauptversammlung bei unveränderter Gewinnausschüttung von 0,90 € je dividendenberechtigter Stückaktie ein entsprechend angepasster Gewinnverwendungsvorschlag zu unterbreiten.

Die Aktionäre sollen u. a. dadurch in eine bessere Lage versetzt werden, ihre Bezugsrechte in Falle einer Eigenkapitalerhöhung gemäß Tagesordnungspunkt 5 der HV auszuüben.

Friedrich Layh, Düsseldorf, has submitted the following countermotion

with regard to agenda item 4,

Resolution on the ratification of the acts of the members of the Supervisory Board

Ich beantrage, dem Aufsichtsratsmitglied **Steinbrück** die Entlastung zu verweigern, weil in seiner NRW-Amtszeit die kontraproduktive Funktionärswirtschaft anhielt.

So betrugen 1998 die Überziehungskredite der NRW-Kommunen 1,995 Milliarden Euro, stiegen aber bis 2005 auf 10,5 Milliarden; Oktober 2011: 21,7 Milliarden.

Was ist eigentlich aus den in der Ära Steinbrück 2002 / 2003 verkündeten Sanierungsplänen der Kommunen geworden? Gibt es keine Kommunal-Aufsicht? Müssen die „reichen Städte“ einspringen und deshalb auf Investitionen und Wachstum verzichten? Selbst das wirtschaftsstarke Düsseldorf (absolut höheres BIP als die mit 4,5 Milliarden verschuldete Millionen-Metropole Köln) muss in die Rücklagen greifen und Investitionspläne kürzen, um seinen Haushalt weiterhin ohne Neuverschuldung zu finanzieren. Vor 10 Jahren hätte ein ausgewogener Solidarpakt noch Sinn gemacht, Herr Steinbrück!

Die NRW-Gesamtverschuldung einschließlich Kommunen stieg von 102,9 Milliarden in 1998 auf 148,7 Milliarden in 2005. Das Statistische Bundesamt bescheinigt NRW mittlerweile eine eigene Schuldenquote von 40,4 Prozent des BIP; Bayern: 9,8 %. Zusammen mit Ländern wie Berlin, Bremen und dem Saarland drückt NRW die deutsche „Maastricht-Quote“ mächtig nach oben.

Wegen chronischer Investitionsschwäche überschreitet das relative NRW-Defizit beim Kapitalstock, gemessen an Bayern, 2012 eine Billion Euro. 1970, im Jahr der erstmaligen Berechnung, betrug das relative NRW-Defizit immerhin schon 133,2 Milliarden; 1966, im ersten Jahr der Regierung Kühn, dürfte es noch etwas besser ausgesehen haben. Seit 1966 ist NRW offensichtlich auf der Verliererstraße.

Wirtschaft und Arbeitnehmer in NRW sehen schweren Zeiten entgegen.

Ich beantrage, **Bertin Eichler** die Entlastung zu verweigern, weil die IG Metall Mitschuld am industriellen Schrumpfungsprozess in NRW trägt.

1971 verfügte NRW mit 2,7 Millionen Industriebeschäftigten absolut über das doppelte Potenzial von Bayern und einen relativen Vorsprung von rund 450.000 Industriebeschäftigten.

Das jahrzehntelange Durchschleppen überholter Strukturen in NRW hat dazu geführt, dass 2011 schließlich Bayern und Baden-Württemberg mit ihrem Industriebeschäftigtenpotenzial absolut an NRW vorbeigezogen sind.

Im Verhältnis zu Bayern ist NRW jetzt mit ca. 450.000 Industriebeschäftigten im relativen Minus. Der „Swing“ der letzten 40 Jahre entspricht damit einem relativen Negativ-Saldo von 900.000 Industriebeschäftigten für NRW.

Selbstverständlich liegt es mir fern, die NRW Wirtschaft pauschal zu kritisieren oder gar herabzusetzen. NRW verfügt über weltweit konkurrenzfähige Unternehmen, die auch noch die Kraft zur Expansion haben. Die industrielle Basis ist jedoch derart geschrumpft, dass sie mit der Finanzierung der jetzigen Verwaltungs- und Sozialstrukturen überfordert ist.

**Response by head office to the counter motions
to the agenda of the Annual General Meeting of
ThyssenKrupp AG
on January 20, 2012**

We consider the counter motions to be unfounded. We will comment on individual questions as required at the Annual General Meeting.

With regard to the representations of Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre relating to the steel mill in Brazil, we point out the following:

ThyssenKrupp has built a highly advanced steel mill in the Brazilian state of Rio de Janeiro, creating directly and indirectly more than 12,000 long-term jobs. The mill's steelmaking and environmental technology is state-of-the-art.

It is part of our understanding of sustainability to keep the pollution caused by our production facilities as low as possible. Therefore, in the licensing procedure for the steel mill, ThyssenKrupp CSA committed to comply with the latest international environmental requirements. In addition, in close consultation with the responsible authorities it took further measures going beyond these requirements.

The mill does not produce any emissions endangering the health of the local population or the environment. Compliance with the legal emission limits is permanently monitored at various measuring stations; the admissible levels are not exceeded. The pending legal actions of some of the fishermen working in Sepetiba Bay concerning alleged harm due to the dredging work are without foundation. So far the courts have ruled on one case and rejected the action completely.

The Executive Board and Supervisory Board of ThyssenKrupp AG have dealt intensively with the Brazilian steel mill project from the very beginning. In connection with the impairment charges for Steel Americas in the financial statements for the year ended September 30, 2011, external lawyers independently reviewed whether all Executive Board and Supervisory Board members had complied with their duties under stock corporation law. The reviews found no evidence of duty-of-care violations.

ThyssenKrupp AG
The Executive Board

Address: ThyssenKrupp AG, ThyssenKrupp Allee 1, 45143 Essen, P.O. Box, 45063 Essen, Germany

Phone: +49 201 844-0 **Fax:** +49 201 844-536000 **Internet:** www.thyssenkrupp.com

Honorary Chairmen of the Supervisory Board: Prof. Dr. h.c. mult. Berthold Beitz, Prof. Dr. Günter Vogelsang **Chairman of the Supervisory Board:** Dr. Gerhard Cromme

Executive Board: Dr.-Ing. Heinrich Hiesinger, Vorsitzender; Dr. Olaf Berlien, Edwin Eichler, Guido Kerkhoff, Ralph Labonte

Registered office: Duisburg and Essen **Courts of register:** Duisburg HR B 9092, Essen HR B 15364